



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Dieser Vorschlag fand Beifall. Schön. Also wer nun? Alfred Schelling. Natürlich Alfred Schelling. Und zweitens? Zweitens Baurat Himmelby in Charlottenburg. Gut. Zweitens Himmelby. Und drittens? Man wußte wirklich nicht gleich einen dritten Namen zu nennen.

Meine Herren, sagte da ein Mitglied der Kommission, von dem übrigens bekannt war, daß es mit Baurat Ermsdorf befreundet war, warum suchen Sie denn nach fremden Kapazitäten, da sie Kapazitäten am eignen Orte haben? Es sei doch wahrlich kein Grund vorhanden, den Baurat Ermsdorf zu übergehen, der die Stadt mit so vielen schönen Villen geschmückt habe, der eine hohe Steuer zahle, und durch den viel Geld nach Neusiedel gekommen sei.

Ja, aber, hieß es, würde sich denn Ermsdorf überhaupt an der Konkurrenz beteiligen wollen?

Man kann ihn ja sondieren.

Das geschah denn auch bei Gelegenheit des Dämmerchoppens mit großer Feinheit. Ermsdorf war ein jovialer Herr, aber dabei ein geriebener alter Fuchs. Er antwortete auf die vorsichtige Frage, ob er sich wohl vielleicht, das heißt unter Umständen oder gewissen gegebenen Bedingungen an einer Konkurrenz beteiligen würde, mit lauter Fröhlichkeit: Natürlich, meine Herren. Das heißt, um ganz offen zu sein, es liegt mir nicht allzuviel an dem Bau. Wissen Sie, daran wird nicht viel verdient. Aber für das Geschäft ist es wichtig. Es wäre mir doch fatal, wenn es hieße: Da bauen sie nun in Neusiedel ein Theater und haben den Ermsdorf am Orte und fordern ihn nicht einmal zur Konkurrenz auf. Also mitmachen würde ich gern, am Gewinn der Konkurrenz liegt mir nicht viel.

Das sah man ein. Und so einen angesehenen Mann wie Ermsdorf wollte man doch auch nicht schädigen. Und es hatte doch auch gar keine Konsequenzen, wenn man ihn als dritten auf die Liste setzte.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichspegel

Berlin, 3. Januar 1909

Die Lage am Jahreschluß. Die Erdbebenkatastrophe in Italien. Iswolskis Dumarede und die europäische Lage. Zentrumsfeindschaft gegen den Reichskanzler.

Die Apostel des ewigen Friedens durchleben unbehagliche Zeiten. Zwar ist der Friede in Europa bisher gewahrt worden, und mehr als das: kein europäischer Staatsmann hat in der letzten Zeit zu einer Schilderung der politischen Lage das Wort ergriffen, ohne zugleich nicht nur der Hoffnung, sondern auch der Zuversicht Ausdruck zu geben, daß der Friede auch für weitere absehbare Zeit erhalten bleiben wird. Aber das ist doch nicht das, was die „Pazifisten“ — dieses schreckliche Wort hat sich ja nun einmal eingebürgert — erhoffen und ersehnen. Nicht wachsende Einsicht und zunehmende brüderliche Gesinnung unter den Völkern verhindern den Ausbruch eines Krieges; im Gegenteil, nie haben die Zeitumstände klarer gezeigt, daß nur die nüchterne Abwägung der Machtverhältnisse und die kühle Berechnung der erreichbaren Gewinnobjekte einzelne Mächte verhindern, die Fackel in den

überall gehäuften Bündstoff zu werfen. Der Gedanke, unbequeme Verknötungen durch einen Schwertstich zu lösen, liegt den Völkern näher als je. Wenn trotzdem Friede gehalten wird, so wirken dabei vor allem zwei Dinge mit: erstens die starke Rüstung der kontinentalen Großmächte und die Beteiligung der gesamten Volkskraft an dieser Rüstung, sodann das vielseitige Zueinandergreifen der internationalen Verkehrs- und Handelsinteressen, wodurch selbst in einem glücklichen Kriege das Verlustkonto so stark belastet wird, daß ein Ausgleich durch die erfochtnen Gewinne nur in seltenen Fällen möglich ist. Da es aber immer Völker gibt, die weniger zu verlieren und mehr zu gewinnen haben als andre, und da hieraus immer Lagen entstehen können, in denen auch die großen Weltmächte trotz aller Friedfertigkeit durch besondere Interessen oder auch durch die Stimmung der Massen in Verwicklungen hineingezogen werden können, so darf man auf die Wirksamkeit der den Frieden erhaltenden Kräfte niemals zu fest bauen.

Wenn man jedoch auch den Krieg als eine der verschiedenen Lebensbetätigungen der Völker niemals aus dem Bereich der zu bedenkenden Möglichkeiten ausschalten kann, so braucht man doch deshalb an den Fortschritten einer gefundenen Humanität, an dem wachsenden Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit aller Menschen in dem Empfinden und Erkennen ihrer sittlichen Bestimmung nicht blind vorüberzugehen. Mitten in der Unruhe und den Spannungen unsrer Zeit gibt es immer wieder Augenblicke, wo die Schranken zwischen den Völkern niederfallen, wo wir uns nur als Menschen fühlen, eng verbunden ebenso durch das hohe und edle Gefühl reiner Nächstenliebe und echter Menschlichkeit wie durch das Bewußtsein unsrer Schwachheit und Ohnmacht gegenüber den ewigen Gewalten der Weltordnung. Einen solchen Augenblick hat uns noch das scheidende Jahr beschert durch die furchtbare Katastrophe, die über Sizilien und Kalabrien hereingebrochen ist. Ein gewaltiges Memento mori ist in die schaffende und feiernde, in die genießende und hadernde Menschheit hineingerufen worden. *Che flagello!* Was für ein Strafgericht! — telegraphierte König Viktor Emanuel an seinen Ministerpräsidenten, und viele Tausende haben es ihm in allen Zungen der Erde schauernd nachgesprochen. Erschütternder ist noch nie ein Unglück über ein schönes blühendes Land hereingebrochen. Die Plötzlichkeit der Katastrophe, ihr Umfang, die völlige Wehrlosigkeit der Betroffenen gegenüber den schrecklichen Naturgewalten, die hier zum Ausbruch kamen, erhöhen das Entsetzen, aber zugleich auch das tiefste Mitgefühl mit den unglücklichen Opfern, die sich, zum größten Teil ahnungslos schlummernd, wenige Minuten später unter einem graufigen Haufen von Trümmern und Leichen saßen, kaum das nackte Leben retten konnten und nun alle Folgen der ausgestandnen Schrecknisse zu tragen haben, zum größten Teil den Verlust aller ihrer Lieben beklagen, vielleicht aber auch über ihr Schicksal im Ungewissen und selbst dem Hunger, Wahnsinn und allem sonstigen Elend ausgesetzt sind. Was Menschenkraft tun kann, um die Folgen dieser schweren Heimsuchung zu lindern, wird gewiß geschehen, und kein Volk der zivilisierten Erde wird dabei zurückstehen wollen. Wir Deutschen insbesondere lieben dieses Land des sonnigen Südens, das uns in vergangenen Zeiten freilich oft zum Verhängnis geworden ist, jetzt aber einem befreundeten und verbündeten Reiche angehört. Die Stätte der Zerstörung ist unzähligen unsrer Landsleute eine Stätte der Erholung und freudigen Genießens gewesen; liebe Erinnerungen verknüpfen sie mit diesem Erdenwinkel voll zauberhafter Schönheit, und wenige dachten an die in der Tiefe lauernden Dämonen, die in einer einzigen Minute zwei blühende Großstädte und mehrere kleinere Ortschaften in einen Trümmerhaufen verwandelten. Eine furchtbare Lehre, die uns an der Jahreswende noch erteilt worden ist!

Als die westeuropäische Welt eben ihr Weihnachtsfest beging — in Rußland schrieb man um dieselbe Zeit erst den 12. Dezember — hat Herr Iswolski die schon lange erwartete Rede in der Reichsduma gehalten, um über die auswärtige Politik seines Landes öffentlich Rechenschaft zu geben. Man muß anerkennen, daß der russische Minister des Auswärtigen in einer recht schwierigen Lage war. Die slawischen Balkanstaaten erwarteten eine tatkräftige russische Politik, die ihnen den nötigen Rückhalt für ihre eignen ehrgeizigen Wünsche bieten könnte. Rußland selbst hatte allerlei Fragen an die Türkei zu stellen, und doch konnte es seine traditionelle Politik nicht verfolgen. Krieg und Revolution haben Rußland die Hände gebunden und ihm neue Rücksichtnahmen auferlegt. Iswolski hat in seiner Rede offen eingestanden, daß Rußland gegenwärtig seinen Wünschen und Forderungen nicht den letzten und äußersten Nachdruck geben kann. Es kann gewisse Forderungen nicht erheben, weil es die Möglichkeit ins Auge fassen muß, darum Krieg zu führen, und das muß und will es vermieden sehen. Dieses bittere Eingeständnis war der russische Staatsmann freilich möglichst geschickt zu verhüllen bemüht. Diese Verhüllung suchte er in einer möglichst optimistischen Darstellung der Weltlage und in dem Hinweis auf die Beziehungen zu England und zu Frankreich. Nun ist es ja richtig, daß das englisch-russische Einvernehmen bereits einige recht unbequeme Proben bestanden hat. Es wird diese Proben wahrscheinlich auch weiter bestehen, soweit Ost- und Mittelasien in Frage kommen. Denn trotz manchen Widersprüchen und Absonderlichkeiten, die man auf asiatischem Boden nicht nach europäischem Maß messen darf, kommen beide Mächte dabei in der Hauptsache auf ihre Rechnung. Aber im nahen Orient wird man wesentlich vorsichtiger operieren müssen, wenn auch vorläufig manches dadurch erleichtert wird, daß England und Rußland in ihren Beziehungen sowohl zur Türkei wie zu den Balkanlawen gegenwärtig gewisse Berührungspunkte haben. Die Sympathien der Träger der neuen Verhältnisse in der Türkei zu gewinnen und zu erhalten, liegt in beider Interesse, und was die Südslawen betrifft, so ist England bei der gegenwärtigen Gestaltung seiner Beziehungen zu der neuen Türkei nicht mehr behindert, die Rolle des Protektors der Völkerfreiheit auch in bezug auf die slawischen Balkanstaaten zu übernehmen, also auch hier scheinbar Seite an Seite mit Rußland zu wandeln. Und dazu kommt als weiteres beruhigendes Moment das von Herrn Iswolski mit vieler Genugtuung hervorgehobene Verhältnis zu Italien, das mit Rußland in den Balkanfragen zu vollem Einverständnis gelangt sei. Wenn auf dieser Grundlage das Zukunftsbild eines Balkanbundes gezeichnet wurde, in dem sich die Türkei in traulichem Verein mit den südslawischen Staaten — von Rumänien und Griechenland schweigt des Sängers Höflichkeit — an der russischen Sonne wärmen sollte, so klang das gewiß sehr überzeugend, nur ist noch manches Wenn und Aber dabei. Denn die ganze Sache hatte doch eine sehr deutliche Spitze gegen Österreich-Ungarn und war nicht dazu geeignet, in der Richtung einer möglichen Befestigung der Konfliktstoffe zu wirken. Darüber konnte auch der optimistische Anstrich der ganzen Auseinandersetzung nicht hinwegtäuschen. Man hat den Eindruck, daß die englisch-russische Politik noch entschiedener auf einen Konflikt im Orient hinarbeiten würde, wenn sich Rußland nicht durch den Zustand seiner Kriegsrüstung augenblicklich gefesselt fühlte, und noch mehr, wenn es der Mitwirkung Frankreichs in seiner Orientpolitik unbedingt sicher wäre. Aber Frankreich ist in diesen Fragen nicht der unbedingte Gefolgsmann seiner Freunde. Es geht ihm mit der neuen Entente ungefähr umgekehrt wie Italien mit dem Dreibund. Italien erkennt in dem Festhalten am Dreibund eines seiner wichtigsten Interessen, obwohl es Sympathien und Neigungen eigentlich in das andre Lager ziehen. Frankreich folgt umgekehrt seiner Neigung und

Stimmung, wenn es sich der Entente mit Rußland und England anschließt, aber in der Orientpolitik wird es durch gebieterisch drängende Interessen in Bahnen gewiesen, die weit eher auf eine Verständigung mit Österreich-Ungarn und Deutschland hinführen könnten. Rechnet man noch hinzu, daß der englische Einfluß auf der Balkanhalbinsel auf die Dauer doch nicht russenfreundlich wirken kann, so kann man erkennen, daß das Fundament der russischen Orientpolitik nicht gerade durch besondere Festigkeit ausgezeichnet ist.

Man kann dabei wohl zu der Frage gedrängt werden, ob Iswolski nicht leichtere Arbeit gehabt hätte, wenn er seine Haltung in den neuesten Orientverwicklungen nicht von dem bekannten Schema abhängig gemacht, sondern versucht hätte, die Verstimmung gegen Österreich-Ungarn zu überwinden und auf dem Wege einer Entente der drei Kaiserkräfte die Vorteile zu wahren, die in diesem Falle Rußland niemand ernstlich streitig gemacht hätte. So hat die Gereiztheit gegen Österreich-Ungarn manche Hindernisse geschaffen, aus denen Rußland doch zuletzt keinen Gewinn ziehen kann, weil der letzte Nachdruck fehlt. Ein um so größerer Fehler war es, diese Gereiztheit auch jetzt noch durchklingen zu lassen, nachdem die russischen Spezialwünsche schon bei Gelegenheit der Rundreise Iswolskis in London eine Abweisung erfahren hatten. Einstweilen sieht es wie eine Bekräftigung friedlicher Aussichten aus, daß König Eduard seinen Besuch in Berlin für den Februar aufs neue ankündigen läßt. Es ist dies in der Form geschehen, daß die seit vielen Wochen umgehenden Gerüchte von einer Verschiebung oder Absage des Besuchs, zu denen man bisher immer geschwiegen hatte, jetzt von dem Privatsekretär des Königs amtlich und förmlich dementiert wurden. Das ist immerhin ein erfreulicher Schritt, der manche überflüssigen Spannungen vermindern und manches bedauerliche Mißverständnis beseitigen helfen wird.

Bei uns jedoch beschränkt sich die gespannte, mißmutige und unbehagliche Stimmung nicht auf die Fährlichkeiten und Wirrnisse der auswärtigen Politik. Noch mehr herrscht augenblicklich ein gefährlicher Pessimismus in der innern Politik. Und wenn aus diesem Pessimismus endlich einmal die Frucht einer stärkeren Selbstbesinnung und eines geschärften Verantwortlichkeitsgefühls erwachsen sollte, so wäre das nur erfreulich. Die Lage ist in der Tat unerquicklich. Die Arbeit an der Reichsfinanzreform hat Wendungen genommen, die sehr bedenklich stimmen müssen. Namhafte politische Kreise haben den Eindruck, daß diese Aufgabe mit Hilfe des Blocks nicht zu lösen ist. Und nun entsteht die große Gefahr, daß das Zentrum alle Mienen springen läßt, um wieder ans Ruder zu kommen. Hieran knüpft sich nun freilich eine Abart pessimistischer Betrachtung, die wir nicht für richtig halten können. Viele glauben, daß der Kaiser unter dem Eindruck der bekannten Krisis dem Reichskanzler doch einen gewissen Groll nachtrage und daher bei entstehenden politischen Schwierigkeiten leicht für den Gedanken zu gewinnen sein werde, den Fürsten Bülow zu verabschieden und unter einem neuen Kanzler wieder mit dem Zentrum zu regieren. So liegt die Sache denn doch nicht, und es heißt das wahre, feinfühligste Herrscherbewußtsein, das dem Kaiser eigen ist, arg verkennen, wenn man ihn dieser Gedankengänge für fähig hält. Der Gedanke, daß der Kaiser die Ergebnisse des Novembers als eine persönliche Niederlage gegenüber seinem verantwortlichen Staatsmann aufgefaßt habe und seine jetzige Stellung zu den Dingen als eine erzwungne ansehe, ist durch und durch schief. So mag die Lage aussehen, wenn man sie durch die Brille eines Maximilian Harden ansieht; ein geborner Herrscher sieht sie anders. Gewiß verursacht die Erkenntnis, sich getäuscht zu haben und vor allem trotz mancher überlegnen Kenntnis und trotz redlichem Willen geteirt

zu haben, einem starken Selbstbewußtsein lange und schwere innere Kämpfe, aber das Ergebnis dieser Kämpfe ist und bleibt doch der Ausfluß der eignen, selbstbewußten Persönlichkeit.

Die Gefahr der Lage ist in einer andern Richtung zu suchen. Was wir schon neulich anläßlich des Geredes über eine sogenannte Kamarilla ausgesprochen haben, ist hier zu wiederholen. Es kommt nicht nur darauf an, was der Kaiser selbst denkt und will, sondern auch auf das, was ihm von politischen Cliquen und Parteien zugetraut, und was dem Volk von eben diesen Parteien als Meinung des Kaisers suggeriert wird. Daraus können schädliche Wirkungen entstehen, die um so gefährlicher sind, als sie die Folge dunkler Treibereien und darum unberechenbar sind. Das Zentrum fühlt sehr wohl, daß die Enttäuschungen, die die bisherigen Arbeiten an der Reichsfinanzreform gebracht haben, und die allgemeine, bange und sorgenvolle Stimmung, die sich der öffentlichen Meinung nach den kritischen Novembertagen bemächtigt hat, seinen Machenschaften günstig sind, wie ein Mairegen dem jungen Saatfeld. Während sich die Führer der Partei für alle Fälle bereit halten, ihren Frieden mit der Regierung zu machen, arbeitet das Gros der Zentrums- presse mit beispielloser Zähigkeit und unverdrossenem Eifer gegen den Fürsten Bülow. Nichts entgeht ihr, was nur irgendwie als Argument in diesem Kampfe verwertet werden könnte, auch wenn es durchaus den Ansichten entspricht, die das Zentrum selbst früher vertreten hat. Diese Feindschaft ist um so bemerkenswerter, als die Politik des Fürsten Bülow, was ihren sachlichen Inhalt betrifft, dazu durchaus keinen Anhalt bietet. Fürst Bülow hat nicht nur während seines Staatssekretariats und in der ersten Periode seiner Kanzlerschaft gezwungenermaßen mit dem Zentrum regiert, sondern er hat auch bis auf den heutigen Tag vielleicht mehr als alle seine Vorgänger in deutlich erkennbarer Weise Grundsätze befolgt, die ihm eigentlich die Sympathien des Zentrums hätten einbringen müssen. Die Ablehnung jeder kulturkämpferischen Neigungen, die peinliche Rücksichtnahme auf den föderativen Charakter der Reichseinrichtungen und die Achtung vor den Rechten der Bundesstaaten entsprangen nicht taktischen Rücksichten, sondern den eigensten Überzeugungen des Reichskanzlers. Und in der auswärtigen Politik kann man daselbe sagen von der Stärkern und entschiednern Betonung des Verhältnisses zu Osterreich-Ungarn. Auch das ist ein Gedanke, der von keiner Partei so sehr gehegt und gepflegt worden ist wie vom Zentrum. Allen diesen Grundsätzen ist Fürst Bülow auch nach seiner Abkehr vom Zentrum nicht untreu geworden. Aber seine Todsünde in den Augen dieser Partei besteht eben auch nicht darin, daß er in sachlicher Hinsicht andern Grundsätzen folgt, sondern darin, daß er das Zentrum aus seiner Machtposition gedrängt hat. Jetzt könnte er nach Canossa gehn, seine Polenpolitik auf den Kopf stellen und was sonst noch tun, das Zentrum wird ihm sein Anathema entgegenschleudern, solange es nicht wieder seine ausschlaggebende Stellung in der Reichstagsmehrheit hat, Herr Spahn nicht wieder seinen Zylinderhut aufbürsten kann, und die Hintertreppen der Reichsämtler nicht wieder den Erzberger und Genossen offenstehn. Dafür liefert die jetzige gewissenlose und heberische Polemik der Zentrums- presse gegen den Fürsten Bülow täglich die deutlichsten Beweise. Es ist Pflicht der nationalen Parteien, diesen Treibereien entschieden entgegenzuarbeiten. Und dazu ist allerdings notwendig, daß die mutlose, schwarzhebrische Stimmung, die jetzt eingerissen ist, überwunden und abgeschüttelt wird.

Der Oberbefehl im Kriege. Eine wirkliche Kriegsgefahr hat in den letztvergangnen kritischen Tagen wohl schwerlich vorgelegen. Immerhin haben sich die äußern Verhältnisse nach der Seite kriegerischer Möglichkeiten hin verschoben. Auf die günstigen Bedingungen der Kriege Wilhelms des Großen ist dabei nicht zu rechnen; der Sieg wird nur unter Anspannung aller Kräfte an die Fahnen zu fesseln sein, wenn sämtliche den Erfolg bewirkenden Kräfte sachgemäß und den Gegner übertreffend angewandt werden. Unter diesen steht dem Oberbefehl die führende Rolle zu. Eine kurze Erörterung seiner zweckmäßigsten Gestaltung dürfte deshalb nicht unzeitgemäß erscheinen.

Zwei Grundregeln gibt es für die oberste Leitung im Kriege. Die Kriegsbühne ist zunächst kein Liebhabertheater, sie verlangt mithin keine Dilettanten, sondern durchgebildete Fachmänner. Sicherlich ist die Truppenführung eine Kunst, die die angeborne Begabung des Genies voraussetzt. Aber je schwieriger der Mechanismus des Instruments ist, desto seltner fällt ein Meister vom Himmel. Auch ausgesprochne Feldherrnaturen wie die Friedrichs des Großen oder Napoleons bedürften in der Gegenwart einer viel tiefgründigern, ihre ganze Lebenskraft fordernden Vorarbeit, ehe sie die Steine auf dem Schachbrett des Krieges erfolgreich zu ziehen vermöchten. Wie auf dem Schachbrett die Eröffnungszüge, so sind im Kriege die einleitenden Schritte entscheidend für den Ausgang des ganzen Feldzugs. Aus diesen beiden Lehrsätzen ergibt sich nun die unerbittliche Folgerung: die Leitung des Feldzugs muß in der fachkundigsten Hand liegen, und zwar vom ersten, noch mitten im Frieden liegenden Anfang an. Das Kunststück der Wiederherstellung eines verfahrenen Feldzugs ist bei richtigen Maßnahmen des Gegners ausgeschlossen. Eine Führung, die etwa den Versuch wagen will und wähnt, nach den ersten Schlägen noch ohne Schaden den Oberbefehl in fähigere Hände legen zu können, gibt sich einer verhängnisvollen Verblendung hin.

Wie lassen sich diese theoretischen Lehren mit der Wirklichkeit der deutschen Monarchie verbinden? Das Staatsoberhaupt ist nach der Verfassung der oberste Kriegsherr. Auf ihm allein ruht die volle Verantwortung für den gesamten Verlauf des Feldzugs, ihm gebührt also unstrittig der Oberbefehl. Aber angesichts der unendlich gewachsenen Anforderungen, die die übrigen Zweige des Staatslebens an ihn stellen, fehlt ihm in der Gegenwart die Gelegenheit, auch die beste Feldherrnveranlagung zur fruchttragenden Reife zu bringen. Welche Lösung gibt es nun für diesen klaffenden Zwiespalt? Im Ernst kann kein Mensch an den Kaiser das Ansinnen stellen, anders als aus völlig freier höchstpersönlicher Entschlußung von der obersten Kriegsleitung zurückzutreten. Friedrich Wilhelm der Dritte betrat in den Freiheitskriegen diesen hochherzigen aber entsagungsvollen Weg, indem er die Mühen und Sorgen des Feldzugs selbstverständlich mit seinem Heere teilte, aber in den Gang der Ereignisse nicht ausschlaggebend eingriff. Aber seine aus der weisen Einsicht in die Grenzen seiner Befähigung hervorgegangne Handlungsweise war doch nur ein Notbehelf. Der monarchische Sinn des deutschen Volkes will seinen Kaiser gerade in den Stunden der Gefahr am Steuerruder sehn. Warum sonst hat sich das Bild Kaiser Wilhelms des Großen mit unauslöschlichen Zügen in die Herzen seiner Untertanen eingegraben? Aber auch gerade seine Heldengestalt hat für alle Zeiten den gangbarsten Weg für die Leitung des Oberbefehls in der deutschen Monarchie vorgezeichnet. Zunächst hat er mit sicherer Hand die hervorragendste Kraft unter seinen Generalen herausgefunden. Dann aber hat er seine Ansicht nicht als die allein maßgebende Richtschnur hingestellt, sie zwar keineswegs aufgegeben, aber daneben der fachmännischen Einsicht seines Ratgebers den gebührenden Platz angewiesen.

Das unerläßliche Korrelat hierfür gab natürlich die gleiche biegsame Nachgiebigkeit seines großen Gehilfen ab, soweit der Fortgang des Krieges dies zuließ.

Somit ergibt sich für Deutschland als die gesündeste Lösung der Frage nach der Kriegsleitung ein Verhältnis, wobei der Kaiser das Heft in Händen behält, aber mit seinem tüchtigsten Feldherrn gleichsam eine glückliche Ehe eingeht. In dieser behalten beide Teile ihre wohlverbrieften Rechte, aber sie gelangen durch harmonisches Entgegenkommen nicht nur zu einer wechselseitigen Ergänzung, sondern zu einem vollkommen Aufgehen ineinander. Die Möglichkeit eines solchen Zusammenwachsens haben außer Kaiser Wilhelm und Moltke auch Blücher und Scharnhorst bei lediglich etwas veränderter Aufgabenabgrenzung mit unwiderstehlichem Erfolg für die Kriegsleitung bewiesen.

Allerdings werden die Schwierigkeiten einer solchen Verschmelzung am klarsten durch die Erwägung vor Augen geführt, daß beide Persönlichkeiten stark ausgeprägte Charaktere sein müssen. Bei größeren Reibungsflächen würde der ausschließlich in seinen eignen Schuhen einhergehende Heerführer beispielsweise einer Republik einen unerreichbaren Vorsprung erhalten. Wenn also die Ungunst der Verhältnisse einmal dem Monarchen den ungetriebenen Zusammenschluß mit seinem befähigtesten General aus irgendwie gearteten Gründen versagen sollte, so wird er sich die folgenschwere Frage vorlegen müssen: was kommt meinem Hause und Volke mehr, die Übernahme oder Abgabe der Kriegsleitung? Der ausschlaggebende Grund ist lediglich die größere militärische Tüchtigkeit. Für beide Schritte findet jeder zukünftige Kaiser unter seinen erlauchten Vorfahren Vorbilder. Noch immer haben die Hohenzollern die richtige Wahl getroffen. Warum soll die Zukunft eine andre Erscheinung zettigen?

Weimar

Ernst v. Sommerfeld

Leichtlebig oder leichtfertig? Ein ungenannter Kritiker meines Buches Die Zukunft Polens hat mir im Neuen Wiener Tagblatt Nr. 413 die Unterstellung gemacht, ich hätte die Österreicher wegen ihrer Polenpolitik „leichtfertig“ genannt. Im gesamten bisher vorliegenden ersten Bande meines Buches ist das Wort „leichtfertig“ nicht angewandt, wohl aber sage ich in der Einleitung mit Bezug auf die autonomen Rechte Galiziens: „Der leichtlebige Österreicher hat seinen Polen einen besondern Flügel eingeräumt. Dort konnten sie von jeher schalten, wie sie wollten. Galizien hatte gegenüber den beiden andern Teilen Polens immer die größten Freiheiten. Dort fühlten sich die Polen in ihrer unordentlichen, kaum beaufsichtigten Wirtschaft so wohl, daß sie immer mehr die Absicht vergaßen, sich ein eigenes größeres Haus zu errichten. Die führenden Kreise der Polen in Österreich konnten es gar nicht besser haben, als es ihnen seit der Teilung ergangen ist. In der österreichischen Reichspolitik spielten sie schon immer eine maßgebende Rolle — ihre Landsleute waren führende Staatsmänner, während sie in Galizien selbst mit der Plutokratie zusammen regieren konnten. Wären nicht nach 1904 außerhalb ihrer Wirksamkeit liegende Ereignisse eingetreten, die österreichischen Polen würden kaum die großen Anstrengungen zur Wiederherstellung des alten Polenstaats auf sich genommen haben, wie sie es nun tatsächlich tun.“

Der Herr Kritiker baut auf dem Worte leichtfertig ein ganzes System gegen meine Auffassung der Polenfrage auf. Infolgedessen möchte ich nicht unterlassen zu bemerken, daß ich unter leichtfertig eine gewisse Triviolität verstehe, während sich mir im Worte leichtlebig leichtes Anpassungsvermögen, ja sogar Generosität verkörpert. Ich würde es z. B. leichtfertig nennen, wenn der Angriff des Herrn Kritikers nicht auf einem lapsus manu beruhte. . . .

G. Kleinow

Zwei Antikapitalisten. Dr. G. Ruhland, der in den neunziger Jahren viel genannt wurde, hat ein dreibändiges System der politischen Ökonomie herausgegeben. Der dritte Band (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1908) enthält „die Krankheitslehre des sozialen Volkskörpers“. Die Krankheit ist nach ihm der Kapitalismus. Daß der Kapitalismus unerfreuliche und gefährliche Auswüchse erzeugt, und daß eine seiner größten Gefahren in der übermäßigen Konzentration des Volksvermögens in verhältnismäßig wenigen Händen, in der Vernichtung des mittlern und kleinen Besitzes besteht, namentlich in der Loslösung der Massen vom Boden (ein Sparkapital von 5000 Mark ist zwar auch Besitz, aber einem 5000 Mark geltenden Häuschen mit Ackerstück keineswegs gleichwertig), darüber besteht unter vernünftigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit. Aber wenn man die Schäden des modernen Kapitalismus bekämpfen will, muß man ihn vorher richtig beschreiben, wie es so meisterlich Werner Sombart getan hat. Ruhland tut das Gegenteil. Anstatt ihn von den ältern Formen wucherischer und ausbeuterischer Geldwirtschaft deutlich zu unterscheiden, wirft er ihn mit diesen zusammen. Der Untergang antiker und mittelalterlicher Städte und Staaten, der Sturz des Papsttums und der absolutistischen Monarchien, deren jeder und jedem zwei besondere Kapitel gewidmet werden (Krankheitsgeschichte und Heilversuche), und alle alten Tiraden gegen das fluchwürdige Gold sollen ihn illustrieren. Der wenig unterrichtete Leser wird damit bloß irreführt. Einer der Hauptunterschiede des modernen Kapitalismus von allen frühern Erscheinungen, die eine oberflächliche Ähnlichkeit mit ihm haben, besteht darin, daß unsre heutige fein ausgebildete Kreditwirtschaft und der Börsenverkehr so innig mit der durch den technischen Fortschritt ungeheuer gesteigerten Güterproduktion verflochten sind, daß diese vorläufig ohne jene beiden Einrichtungen gar nicht gedacht werden kann. In dieser Produktion und in der Verteilung der Güter werden ungeheure Geldsummen rasch umgesetzt, und daß dabei den Umsehenden mehr an den Fingern kleben bleibt, als die gerechte Entschädigung ihrer Mühewaltung ausmachen würde, daß Spekulanten, die gar keine eigentliche Arbeit verrichten, daß Schwindler einen Teil des unaufhörlich zirkulierenden Goldstroms in ihre Taschen zu leiten verstehen, daß demnach die eigentlichen Produzenten, die mit der Hand oder dem Kopf schaffend arbeitenden, zu kurz kommen, das ist sehr natürlich und unvermeidlich. Selbstverständlich muß der darin liegenden Ungerechtigkeit so viel wie möglich gesteuert werden. Aber sollte das gar nicht möglich sein, so wäre es immer noch besser, es würden vom deutschen Volkseinkommen alljährlich neun Milliarden gestohlen (so viel fliebt nach Ruhlands Berechnung durch Kurschwankungen, Krisen, Syndikate, Projektkosten usw. in die Taschen von Unberechtigten), als daß das deutsche Volkseinkommen, das jetzt auf 26 Milliarden angeschlagen wird, seit 1840 nur dem Wachstum der Kopfszahl entsprechend auf etwa 16 Milliarden gestiegen wäre, was ohne Zweifel der Fall sein würde, wenn die von der Kreditwirtschaft und Börsentechnik unterstützte industrielle Entwicklung nicht eingetreten wäre. In ihren eignen Mägen können doch auch die Spekulanten jene neun Milliarden oder deren Äquivalent in Austern und Champagner nicht vollständig unterbringen. Ruhland verachtet die kleinen Geister, die sich mit kleinen Mitteln begnügen, und will ganze Arbeit machen. An die Stelle des die heutige Volkswirtschaft beherrschenden Sages: „möglichst billig einkaufen, möglichst teuer verkaufen“, soll „der Güterverkehr nach dem Äquivalenzwerte“ treten. Gewiß ist dieser zu erstreben, aber es wird noch ein Weilchen dauern, ehe jeder Volksgenosse bekennt: meine Arbeit wird immer nach ihrem vollen Werte bezahlt. Daß Ruhland sein Ziel nicht durch den Kommunismus sondern durch Fortentwicklung der schon eingeleiteten Syndikatsbildung erreichen

will, läßt ihn ja schon etwas weniger utopisch erscheinen. Aber gleich sein landwirtschaftliches Syndikat erregt Bedenken. „Nach Einführung dieser Syndikatsorganisation werden die Getreidezölle als Schutzmittel gegen zu niedrige ausländische Getreidepreise überflüssig, denn dann gibt es außerhalb des Syndikats keine Käufer mehr für ausländische Getreideofferten.“ Werden die dann allmächtigen Syndikatsherren so uneigennützig Engeln sein, daß sie, sobald der Getreidepreis eine für die ärmere Bevölkerung drückende Höhe erreicht, im Auslande Getreide kaufen? (In der Frankfurter Zeitung vom 3. November lese ich zu meiner Überraschung, daß in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres bei uns mehr Roggen und Hafer aus- als eingeführt worden, Deutschland in Beziehung auf diese beiden Früchte wieder Ausfuhrland geworden ist. Nur an Weizen wurde bedeutend mehr ein- als ausgeführt. Die Zollerhöhung hat also die Produktion gefördert, und unsre Landwirte verdienen für die enorme Leistung, in der Roggenproduktion mit der Volksvermehrung gleichen Schritt gehalten zu haben, bewundernde Anerkennung. Freilich sind die Getreide- und die Fleischpreise so hoch, die Vorräte demnach so knapp, daß nachgeforscht werden muß, ob nicht der ärmere Teil des Volkes schon an Unterernährung leidet. Den Klagen der Beamten nach zu urteilen, ist es der Fall, und die bevorstehende Gehaltserhöhung kann nicht den Brot- und Fleischvorrat, sondern nur den Anteil der Beamten auf Kosten der Lohnarbeiter vermehren, die nun wieder höhern Lohn fordern werden.) Selbstverständlich enthält das Buch eines Mannes, der viel gereift ist und als Berater des Bundes der Landwirte Einblick in alle wirtschaftlichen Vorgänge gewonnen hat, viel brauchbares statistisches Material und manche Anregung, die praktisch verwertet werden kann. So die folgende: Unsre Reichsbank verteuert, den Goldabfluß ins Ausland zu hemmen, auch der redlichen produktiven Arbeit des eignen Volkes den Kredit. Die Bank von Frankreich differenziert. „Ausländische Finanzwechsel oder Forderungen auf Gold werden von ihr für sich allein mit einer entsprechend hohen Goldprämie belastet oder überhaupt abgelehnt, ohne den billigen Zinsfuß für die inländischen Geschäfte zu berühren.“ (Schlechtes Deutsch!) Wenn das wahr, demnach doch auch möglich, durchführbar ist, dann verdient allerdings unsre Reichsbankverwaltung harten Tadel.* — Der wackre Heinrich Freese bekämpft einzelne Auswüchse des Kapitalismus vom Standpunkte der Bodenreformer aus. In seinem Büchlein Bodenreform (Gotha, Emil Berthes, 1907) faßt er die Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zusammen, die er als Leiter des Bundes der Bodenreformer in den neunziger Jahren geschrieben hat. Sie sind deswegen nicht ganz ohne Interesse, weil sie die Erinnerung an die Kämpfe jener Zeit gegen die Terrainspekulation und für die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker auffrischen. In den Zollkämpfen des Jahres 1893 fand er, daß „der Mann ohne Ar und Palm“ mehr Einsicht beweise als die Wortführer des Bundes der Landwirte. — Dr. R. von Mangoldt hat seinem großen Werke eine Broschüre nachgeschickt: Bodenspekulation oder gemeinnützige Bodenpolitik für Groß-Berlin?

*) Am 20. November ist Professor Biermer von einem Berliner Schöffengericht freigesprochen worden in einem Beleidigungsprozeß, den Ruhland gegen ihn angestrengt hatte. Dabei ist dieser von dem Sachverständigen Professor Conrad mit einem Worte charakterisiert worden, das ich nicht wiederhole, um nicht auch mir einen Beleidigungsprozeß zuzuziehn. Die Beweisaufnahme hat die Meinung bestätigt, die ich mir schon längst von dem sehr wandlungsfähigen Bücherfabrikanten und Agitator gebildet hatte. Wäre die Klage ein paar Wochen früher verhandelt worden, dann hätte ich sein „System“ ungelesen beiseite gelegt; es kann aber auch nichts schaden, daß der Artikel geschrieben worden ist, denn fanatische Agrarier werden fortfahren, den Mann als Autorität zu verehren.

(Berlin, Karl Heymann, 1908.) — Außerdem sind uns folgende Bücher volkswirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Inhalts zugegangen: Wirtschaftspolitische Annalen. Ein Kalendarium der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Kulturstaaten, ihrer Kolonien und Dependenzien. Zweiter Jahrgang: 1907. Herausgegeben von Friedrich Glaser. (Stuttgart und Berlin, F. G. Cottas Nachfolger, 1908.) — Zur Methode der Volkswirtschaftslehre von Dr. Stephinger. (Karlsruhe, G. Braunsche Hofbuchdruckerei, 1907.) — Ertrag und Einkommen auf der Grundlage einer rein subjektiven Wertlehre von Professor Dr. Robert Tiefmann. (Jena, Gustav Fischer, 1907.) — Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorie von Dr. Friedrich Hoffmann. (Leipzig, C. V. Hirschfeld, 1907.) — Soziologie von Dr. A. Eleutheropoulos, Privatdozent in Zürich. Zweite, erweiterte und umgearbeitete Auflage. (Jena, Gustav Fischer, 1908.) C. J.

Deutsch-evangelisches Jahrbuch. Der in diesem Hefte abgedruckte Aufsatz „Vom eignen Leben“ von Wilhelm Speck ist mit Erlaubnis der Verlagsbuchhandlung D. Häring in Berlin dem jüngst erschienenen ersten Jahrgang des Deutsch-evangelischen Jahrbuches, herausgegeben von Reinhard Mumm (Preis geb. 2,50 Mark) entnommen. Wir möchten hier auf seinen vielseitigen Inhalt hinweisen, zu dem eine Reihe namhafter deutscher Schriftsteller beigetragen hat. Das Buch enthält unter anderem einen Aufsatz von Hans v. Wolzogen über Wilhelm Raabe, Jugenderinnerungen von Timm Kröger, persönliche Erinnerungen an Heinrich Seidel als Naturfreund von dessen Sohn Pastor W. Seidel; dann kunstgeschichtliche Aufsätze von Henry Thode über Albrecht Dürer, deutsche Kunst und deutsche Reformation und von Paul Schubring über Hans von Marées. Kirchliche und soziale Gebiete behandeln Artikel von D. Ernst Dryander, Friedr. v. Bodelschwingh und Adolf Stöcker.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Wir bitten

unsre verehrten Leser bei eintretendem Bedarf um geneigte Berücksichtigung der in den „Grenzboten“ inserierenden Firmen unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Grenzboten. Die Geschäftsstelle

Jeder Tag im neuen Jahre

bringt Ihnen neuen Genuß, wenn Sie Salem Aleikum rauchen,
die feinste Cigarette und deutsches Fabrikat aus
erlesenstem orientalischen Tabak.

Salem Aleikum-Cigaretten: Keine Ausstattung, nur Qualität:

	Nr. 3	4	5	6	8	10	
Preis:	3 ¹ / ₂	4	5	6	8	10	Pfg. das Stück.